

Unausgewogene Israel-Reise

Ueli Maurer hätte den Besuch in Tel Aviv besser vertagt. Von Simon Gemperli

Bundesrat Ueli Maurer tritt am Samstag eine dreitägige Reise nach Israel an. An sich wäre das erfreulich. Der letzte Besuch eines Mitglieds der Regierung in Tel Aviv datiert von 2005. Der politische Dialog der Staatssekretäre fand drei Jahre lang nicht statt. Unerfreulich sind aber die Umstände des Besuchs. Mit dem SVP-Bundesrat entsendet die Schweiz in einer explosiven Phase des Nahostkonflikts ausgerechnet den Armee- und Rüstungsminister nach Israel. Maurers Departement versucht nicht einmal den Anschein zu erwecken, die Visite habe auch übergeordnete Ziele. «Der Besuch gilt in erster Linie der Beziehungspflege zwischen den beiden Verteidigungsministerien», heisst es in einer Mitteilung. Konkret soll die Rüstungszusammenarbeit gefestigt werden, der Hightech-Produkte wie Drohnen, Aufklärungssysteme oder (inzwischen geächtete) Streubomben entsprungen sind.

Von einem neutralen Land, das als Hüter der Genfer Konventionen bekannt ist, darf man mehr Feingefühl erwarten. Die Untersuchungen über die beidseitigen Kriegsverbrechen im Januar 2009 und den Beschluss eines Aktivisten-Konvois sind erst teilweise abgeschlossen. Derweil schreitet die völkerrechtswidrige Besiedlung besetzter Gebiete ungebremst voran. Noch im Juni hatte Maurer seine Reise vom Bericht über den Flottillen-Vorfall abhängig gemacht. Im September hiess es, die Situation werde neu beurteilt, falls Israel den Bau-stopp nicht verlängern sollte. Die Bedingungen und Bedenken wurden fallengelassen. In Reden preisen Aussenpolitiker gerne die Prinzipientreue und Verlässlichkeit als Markenzeichen unserer Diplomatie. Diesen hätte man mit einer Verschiebung von Maurers Reise oder mit einem ausgewogeneren Programm Rechnung tragen können.

Schon beim Gas-Deal mit Iran, der bisher noch keinen Rappen abwarf, hatte die Schweiz eine Position eingenommen, die gut als Opportunismus und einseitige Parteinahme ausgelegt werden kann. Der Bundesrat erklärte sich, wie auch bei Maurers Rüstungs-Tour, mit der Reise der Aussenministerin nach Teheran einverstanden. Einmischung ist unerwünscht. Die Departementsvorsteher entscheiden traditionell frei über ihre Reisen und ihren Auftritt im Ausland. Der Bundesrat «koordiniert» nur, wie sein Sprecher sagt. Das reicht manchmal nicht.

Einheitskasse kein Wundermittel

Die SP schlägt einen Wechsel in der Krankenversicherung zu einer Staatskasse vor. Das wäre ein Schritt zu weniger Wettbewerb und mehr Staatsmedizin. Von Claudia Schoch

Was der SVP die «Familien-Initiative» und die Initiative zur «Volkswahl des Bundesrates» und was den Freisinnigen die «Bürokratie-Stopp-Initiative», das sind den Sozialdemokraten die Volksinitiativen «Cleantech» und «öffentliche Gesundheitskasse»: Die Parteien rüsten sich für das Wahljahr 2011. Jedem seine Initiative oder besser gar zwei, um sich zu profilieren und um bei der Gelegenheit mit dem Stimmbürger auf der Strasse in Kontakt zu treten. Dem Kampf gegen die Gesetzesflut ist solches Tun zwar abträglich, doch was macht man nicht alles, um zu gewinnen.

Das Feld ihres ursprünglichen Engagements und den Einsatz für ihre ureigenste Basis haben der SP jedoch die Gewerkschaften streitig gemacht. So hat sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund bereits im Mai für eine Initiative zur Garantie eines gesetzlichen Mindestlohnes entschieden. Die SP tummelt sich derweil mit ihrer Cleantech-Initiative, die «neue Arbeitsplätze dank erneuerbarer Energie» schaffen soll, auf dem Terrain der Grünen. Nun kommt die schon länger angekündigte Einheitskassen-Initiative – ein Steckenpferd des Waadtländer SP-Gesundheitsdirektors Pierre-Yves Mailard – hinzu, die die SP zusammen mit Grünen, EVP, CSP, der Gewerkschaft VPOD und Berufsverbänden lanciert.

Ein ernstzunehmender Angriff

Anders als bei der vor drei Jahren mit überwältigendem Mehr abgelehnten Initiative verzichtet die SP heute auf einkommensabhängige Prämien. Damit könnte eine öffentliche Gesundheitskasse bis weit in bürgerliche Kreise hinein eine gewisse Attraktivität erhalten. Denn die Verärgerung über die stetig wachsenden Gesundheitskosten und die steigenden, den Mittelstand immer stärker belastenden Prämien ist gross. Das Vertrauen in die Krankenversicherungen schwindet. Den über 80 Kassen ist es seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes vor vierzehn Jahren nicht gelungen, die Vorteile des Wettbewerbs einsichtig zu machen. Neue, innovative Versicherungsmodelle und damit vielfältige Angebote an die Versicherten hat der Wettbewerb nicht breit hervorgebracht. Die Kassen kämpfen zwar an der Kostenfront. Warum aber entwickeln sie nicht mehr Phantasie bei ihren Geschäftsmodellen? Stattdessen machten viele Jagd auf gute Risiken, junge männliche Versicherte, und errichteten Billigkassen. Die Vielzahl an Versicherungen kann

kein Selbstzweck sein. Die Versicherten müssen darin einen Nutzen erkennen. Diesen Nachweis sind die Versicherer schuldig geblieben. Selbst einzelne Kantone, allen voran die Ostschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz, liebäugeln mit kantonalen oder überregionalen Einheitskassen als Alternative zu den privaten Versicherungen. Auch die schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektoren (GDK) prüft derartige Modelle.

Schritte zu mehr Staatsmedizin

Doch von einer öffentlichen Gesundheitskasse ist nicht zu erwarten, dass sie die steigenden Kosten im Gesundheitswesen besser in den Griff bekommen könnte. Dies behaupten nicht einmal die Sozialdemokraten. Das Ausgabenwachstum lässt sich nachhaltig allein abbremsen über wirksame Massnahmen und das Setzen von richtigen Anreizen, namentlich zur Reduktion der Mengenausweitung. Der Wechsel zu einem System mit einer staatlichen Gesundheitskasse bedeutete den Übergang zu einer Monopolstruktur, was ein Schritt zu mehr Zentralismus und letztlich zu einer Staatsmedizin wäre. Darum geht es den Sozialdemokraten im Grunde denn auch. Mit der neuen Initiative stellt die SP vorläufig zwar nur die Systemfrage. Ihr Ziel wird es aber bleiben, auch die Kopfprämien abzuschaffen.

In einer Monopolstruktur mit einer öffentlichen Kasse würde der schon jetzt eingeschränkte Wettbewerb ganz ausgeschaltet. Bald würden medizinisches Angebot und Preise umfassend staatlich geregelt. Eigenverantwortung – gewiss, ein schwieriger Begriff im Gesundheitswesen – wäre nur noch ein unverständliches Fremdwort. Hohe Qualität würde in einem Monopolssystem nicht mehr finanziell belohnt, sondern staatlich allenfalls verordnet, letztlich hinge sie aber allein von der Ethik und dem Verantwortungsbewusstsein des einzelnen Arztes oder Spitals ab. Der Vorzug des geltenden Systems liegt in der Kombination von Wettbewerbselementen, Eigenverantwortung und staatlicher Absicherung. Zielgerichtetheit und Effizienz sind dabei klar zu verbessern. Im Parlament liegt dazu noch einige Arbeit auf dem Tisch. Die zahlreichen Reformen – neue Spitalfinanzierung, Förderung von Ärztenetzwerken, neuer Risikoausgleich, Reform der Aufsicht – sind vielversprechend und geben dem System des regulierten Wettbewerbs nochmals eine Chance. Mit einem Systemumbau liesse man diese an sich vorbeiziehen, die Reformen würden obsolet.

Poesie und Politik

Der Literaturnobelpreis ist auch ein politisches Statement. Von Roman Bucheli

Ausdrücklich hebt die Königliche Schwedische Akademie in ihrer Begründung für die Vergabe des Literaturnobelpreises an Mario Vargas Llosa die politische Grundierung seines Werkes hervor. Er erhalte die Auszeichnung für seine «Kartografien der Machtstrukturen und seine bissigen Bilder von Widerstand, Revolte und Niederlage des Individuums», gab Peter Englund, Vorsitzender des Nobelpreiskomitees, in Stockholm bekannt. Sieht man davon ab, dass der 1936 in Peru geborene Schriftsteller seinen künstlerischen Zenit seit einigen Jahren überschritten hat und darum die Auszeichnung (wie bei vielen seiner Vorgängerinnen und Vorgänger) doch eigentlich viel zu spät erfolgte, so wird sie doch einem Werk zuteil, das während vieler Jahrzehnte ebenso wirkungsmächtig wie erfolgreich den gesellschaftlichen Wandel und Aufbruch in Südamerika nicht nur begleitete und vielleicht auch beförderte, sondern geradezu in sich selber nachbildete.

Vom jungen Kommunisten zum liberalen Denker und Politiker gewandelt, hat sich Vargas Llosa nicht nur mit politischem Engagement hervorgetan; sein Werk selber ist vom Grundgedanken getragen, das Dasein des Einzelnen wie im grossen Ganzen sei nicht in Stein gemeisseltes Schicksal, sondern zum Guten (wie freilich auch zum Schlechten) wandelbar. Der Literatur fällt in solcher Sicht eine eminent gesellschaftliche Aufgabe zu: die Verhältnisse in kritischer Absicht schonungslos darzustellen – und gleichzeitig kraft poetischer Imagination Gegenentwürfe zu entwickeln. Politik und Poesie in einem also.

Mario Vargas Llosa fügt sich damit in eine Reihe von Literaturnobelpreisträgern, für die das Politisch-Gesellschaftliche ganz unmittelbar in der Kunst einen Widerhall findet. Von Günter Grass über Elfriede Jelinek und Harold Pinter zieht sich so eine Linie der politisch engagierten Literatur zu Vargas Llosa; eine andere – nun allerdings eminent poetische, wenn auch nicht weniger politische – Linie liesse sich von Imre Kertész über Orhan Pamuk zu Herta Müller ziehen. Die Schwedische Akademie ist sich damit erstaunlich treu geblieben. Man mag ihre Entscheidungen im Ästhetischen gelegentlich für anfechtbar halten. Jedoch lässt sie darin eine Kontinuität erkennen, die sich nicht zuletzt im Einklang findet mit dem testamentarischen Willen des Stifters.

Wahlversprechen auf dem Prüfstand

Was taugen Wahlversprechen? Schweizer Parlamentarier können zwar freier politisieren als ihre Kollegen in umliegenden Ländern. Totale Einzelkämpfer sind sie aber nicht: Sie lassen sich von ihren Fraktionskollegen beeinflussen und passen ihre Positionen an. Von Daniel Schwarz, Lisa Schädel und Andreas Ladner

Gewählte Politikerinnen und Politiker stehen generell im Verdacht, ihren wohlklingenden Versprechen aus dem Wahlkampf keine Taten folgen zu lassen. «Die machen am Ende ja sowieso, was sie wollen», ist eine oft gehörte Aussage, die als Zeichen von Politikverdrossenheit gedeutet werden kann. Tatsächlich beteiligen sich weniger als 50 Prozent der Schweizer Wählerinnen und Wähler an eidgenössischen Wahlen, und in Umfragen gibt sich nur rund ein Drittel der Befragten davon überzeugt, dass Parlamentsmitglieder ihre Wahlversprechen tatsächlich einzuhalten versuchen.

Dieser Frage sind wir im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Demokratie» nachgegangen. Die Untersuchung basiert auf einem Vergleich von Positionen, welche gewählte Nationalratsmitglieder vor den Wahlen 2003 und 2007 auf der Online-Wahlhilfe-Plattform «Smartvote» eingenommen hatten, mit ihrem tatsächlichen Stimmverhalten im Nationalrat nach der jeweiligen Wahl.

Der Vergleich umfasst 34 Fragen aus unterschiedlichen Politikbereichen, welche sich in praktisch identischer Weise sowohl bei «Smartvote» als auch im Parlament gestellt haben. Im Zentrum stand dabei nicht nur die Frage, ob und wie oft politische Positionen nach der Wahl tatsächlich gewechselt werden, sondern auch, wodurch sich dieses Verhalten erklären lässt. Über das gesamte Parlament und sämtliche untersuchten Vorlagen betrachtet, kommt die Studie zum Schluss, dass die im weitesten Sinne als Wahlversprechen zu bezeichnenden Positionen in über 85 Prozent der Fälle eingehalten werden. Mit anderen Worten weichen die Nationalratsmitglieder in durchschnittlich 15 Pro-

zent der Fälle von der Position ab, die sie noch im Verlauf des Wahlkampfes bei «Smartvote» angegeben haben.

Der Anteil unveränderter Positionen variiert indes je nach Partei und Politikbereich. Während Parlamentsmitglieder aus dem rot-grünen Lager ihren Vorwahlpositionen durchschnittlich zu über 90 Prozent treu bleiben, sind es bei der CVP nicht einmal 75 Prozent. Dazwischen liegen die FDP- und SVP-Vertreter mit rund 80 bzw. 86 Prozent. Betrachtet man die Positionsänderungen nach Politikbereichen, zeigen sich über alle Parteien betrachtet bei Fragen zu Migration, Aussenpolitik und Umwelt die geringsten Abweichungen; am häufigsten verändern sich umgekehrt die Positio-

nen der Parlamentarier in den Sachbereichen Steuern und Finanzen, Gesellschaft und Ethik sowie Recht und Ordnung.

Die Parteizugehörigkeit sowie der Politikbereich weisen auch bei einer Überprüfung mit statistischen Verfahren einen signifikanten Einfluss auf die Häufigkeit von Positionsänderungen auf. Daneben zeigt sich in den Analysen, dass die Vorwahlpositionen von bisherigen Ratsmitgliedern (Wiederkandidierende) verlässlicher sind als von neu Kandidierenden, was sich einerseits mit dem höheren Erfahrungsschatz und den gefestigten Positionen «alter Hasen» erklären lässt, andererseits mit dem vermutlich höheren Druck, der vonseiten der Fraktion auf Neulinge ausgeübt wird. Ebenso scheint die Übereinstimmung zwischen Wahlkampfparolen und Parlamentsabstimmung mit der generellen Bedeutung, die einer Vorlage zugemessen wird, zusammenzuhängen. Je ausgehender die Medienberichterstattung und je intensiver die parlamentarische Debatte, desto geringer sind Positionswechsel.

Den weitaus bedeutendsten Einflussfaktor für die Frage, ob ein gewähltes Parlamentsmitglied seiner vor der Wahl geäusserten politischen Haltung treu bleibt, bildet jedoch die Übereinstimmung der Vorwahlposition mit der Mehrheitslinie in der eigenen Fraktion. Der stärkste Grund, weshalb ein Ratsmitglied nach der Wahl seine Haltung ändert, ist somit im Fraktionsverbund zu suchen.

Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Erstens darf der ausgewiesene Übereinstimmungswert von über 85 Prozent sowohl aus einer ländervergleichenden Perspektive als auch aufgrund der Erwartungen der Wähler-

schaft als recht hoch bezeichnet werden. Für Unzufriedenheit mit unseren Parlamentsmitgliedern besteht aus dieser Warte also kein Grund. Zudem stellt sich die Frage, ob ein noch höherer Wert überhaupt wünschbar wäre, zumal sich das politische Umfeld – und mit ihm die Bedürfnisse der Wählerschaft – jederzeit verändern können und somit selbst vormals eherne Prinzipien im Interesse des Landes laufend zu überdenken sind (z. B. Swissair- und UBS-Rettungspakete, Aufweichung des Bankgeheimnisses). Zweitens kann als positiv gewertet werden, dass die Wahrscheinlichkeit eines Positionswechsels bei bedeutenden Vorlagen sehr viel geringer ist: Nationalratsmitglieder können es sich bei solchen Abstimmungen – die unter dem wachsamen Auge der Öffentlichkeit stattfinden – offenbar weniger leisten, von ihren früheren Positionen abzurücken.

Drittens zeigt sich, dass die schweizerischen Parlamentarier keine Einzelkämpfer sind, sondern sich von ihren Fraktionskollegen durchaus beeinflussen lassen, wenn sie vor der Wahl ein allzu eigenständiges politisches Profil an den Tag gelegt haben. Für die einzelne Wählerin, den einzelnen Wähler heisst dies, dass von Kandidierenden, deren politische Positionen sich markant von der Mehrheitslinie der Partei unterscheiden, in der Regel nicht zu erwarten ist, dass sie im Falle einer Wahl später im Parlament all ihre Ecken und Kanten beibehalten werden.

Daniel Schwarz ist Oberassistent, Lisa Schädel ist Assistentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Andreas Ladner ist Professor für schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP Lausanne.

Einhaltung von Wahlversprechen

Durchschnittliche Übereinstimmung der Positionen von Nationalräten vor und nach der Wahl (in %)

	Bereiche mit höchster Übereinstimmung	Bereiche mit tiefster Übereinstimmung
CVP	73,8 Migration, Gesellschaft/Ethik, Aussenpolitik	Finanzen/Steuern, Sozialpolitik, Recht und Ordnung
FDP	80,4 Umwelt, Wirtschaft, Aussenpolitik	Gesellschaft/Ethik, Finanzen/Steuern, Recht und Ordnung
SVP	86,3 Aussenpolitik, Migration	Wirtschaft, Gesellschaft/Ethik, Recht und Ordnung
GPS	92,3 Umwelt, Migration, Aussenpolitik	Finanzen/Steuern, Recht und Ordnung, Wirtschaft
SP	93,5 Migration, Sozialpolitik, Aussenpolitik	Finanzen/Steuern, Wirtschaft, Recht und Ordnung
Total	85,1 Migration, Aussenpolitik, Umwelt	Finanzen/Steuern, Gesellschaft Ethik, Recht und Ordnung